

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2,90 M., Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Behalt besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 6. Dezember 1928

Nummer 284

An die deutsche Arbeitererschaft

Klassengenossen!

Am 4. Dezember sind die ausgesperrten Hüttenarbeiter zu den alten elenden Arbeitsbedingungen in die Betriebe zurückgeführt. Nichts von ihren Forderungen wurde bewilligt. Das ist das vorläufige Ergebnis eines fünf-wöchigen Kampfes, der von den Arbeitern mit seltener Geschlossenheit geführt wurde. In einem Augenblick, wo sich das Schicksal ihres Kampfes zu ihren Gunsten zu neigen begann, fielen die Reformisten den Aussperrten in den Rücken.

Die Hüttenbarone forderten kategorisch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, sie wollen die Vorbereitung für eine neue Rationalisierungswelle schaffen, sie wollen freie Bahn für die imperialistische Machtentfaltung, für die Aufrüstung, für die Kriegspolitik gegen die Sowjetunion. Dazu brauchen sie die langfristige Fesselung der Hüttenarbeiter an den 9- und 10-Stunden-Tag und eine Neuregelung des Affords, die es den Unternehmern ermöglicht, ständig weiter den Lohn abzubauen.

Während die Bürgerlosregierung sich damit begnügt, mit verbindlich erklärten Schiedsprüchen die Lohnbewegungen der Arbeiter abzuwürgen, geht die sozialdemokratische Koalitionsregierung mit ihrem Severing noch einen Schritt weiter. Sie organisieren mit faschistischen Methoden eine Wirtschaftsdictatur gegen die Arbeitererschaft; im Auftrag der Unternehmer soll Severing den Hüttenarbeitern Hungerlöhne und unmenschliche Arbeitszeit mit allen Mitteln der Staatsgewalt aufzwingen. So sieht die „Wirtschaftsdemokratie“ in der Praxis aus.

Innerhalb Monatsfrist hat die Sozialdemokratie um der Koalitionspolitik willen zweimal in entscheidenden Fragen die Arbeiterklasse verraten.

Der „Hundsotigeneneral“ Groener erhielt seinen Panzerkreuzer, und den Thyssen, Kildner und Krupp wurden 230 000 Arbeiter ausgeliefert.

Die Hüttenkapitalisten allein konnten mit ihrem 90-Millionen-Fonds dem Widerstand der Arbeiter nicht

Herr werden. Sie mußten sich den bürgerlichen Staat und die reformistische Bürokratie zu Hilfe holen. Der vereinigen Macht von Unternehmertum, Staatsgewalt und Reformismus sind die Hüttenarbeiter unterlegen.

Dieser Dreibund von Ausbeutung, Gewalt und Betrug sprengte die Kampffront.

Die Hüttenarbeiter haben eine Schlacht verloren, aber sie sind nicht geschlagen. An Ruhr und Rhein hat die Arbeiterklasse unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den ersten Versuch gemacht, ihre Einheitsfront gegen den Klassenfeind und die reformistischen Helfer zu bilden. Die einheitslichen Kampfleitungen, von den Belegschaften aus der Mitte der organisierten und unorganisierten Arbeiter selbst gewählt, wurden zu Trägern der Klasseneinheit aller kämpfenden Hüttenarbeiter. Sie haben in engster Verbindung mit der kommunistischen Partei aktive Gegenoffensive der Hüttenarbeiter organisiert und der gesamten Arbeiterklasse gezeigt, wie sie gegen Unternehmertum und Reformismus kämpfen muß.

Zweimal hat die Einheitsfront der Arbeiterklasse den geplanten Verrat durchkreuzt. Die Hüttenarbeiter haben die Regierung gezwungen, Unterstützung an die Aussperrten zu zahlen, wenn es auch erbärmliche Unterstützung war. Noch aber war die Einheitsfront nicht stark genug, sich gegen den Dreibund der Klassenfeinde siegreich durchzusetzen. Darum bleibt diesmal noch der Erfolg bei den Unternehmern. Doch der Kampf ist nicht abgeschlossen. Die Arbeiter können und werden sich nicht auf die Dauer dem Severing-Schanddiktat unterwerfen. Ihr Kampf-wille ist ungebrochen. Ihre Kampffront wird wieder erstehen und sich verbreitern. Die Arbeiter Deutschlands werden trotz der Severing, Wiffell und Brandes um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen in den Kampf treten. Nach wie vor stehen große Wirtschaftskämpfe auf der Tagesordnung.

Die ganze deutsche Arbeiterklasse muß aus dem Kampf an Rhein und Ruhr die Lehren für die Zukunft ziehen: Koalition mit der Bourgeoisie bedeutet die Auslieferung der Arbeiter an den Klassenfeind und an die Kriegstreiber.

Das Schlichtungssystem ist ein einziger Betrug an den Arbeitern, ein Raub ihrer Streikfreiheit. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die durch ihre Politik mit den kapitalistischen Trübs und dem bürgerlichen Staat verbunden und verwandt ist, kann nur noch die Arbeiter verraten. Die Gewerkschaften werden zu Hilfsorganen der Bourgeoisie, wenn sie unter reformistischer Leitung bleiben.

Klassengenossen! Wer nicht Niederlagen, sondern Sieg, wer nicht Verrat, sondern die revolutionäre Einheitsfront will, der kämpfe in Betrieb und Gewerkschaft an unserer Seite.

Fort mit der Regierung der Großen Koalition, nieder mit der Koalitionspolitik! Durchbricht und beseitigt das Schlichtungswesen! Masseneintritt in die Gewerkschaften zur Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Verrückt die reformistischen Verräter aus den Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen! Reinigt die Betriebsräte von allen feigen und verräterischen Elementen!

Gegen die Spaltungspolitik der Reformisten die Einheit der kämpfenden Arbeiterklasse!

Organisiert im ganzen Reich den allgemeinen Kampf für den Achtstundentag und für höhere Löhne!

Gegen den reformistischen Betrug vom Wirtschaftsfrieden — den revolutionären Kampf um den Sozialismus!

Gegen die Diktatur des Trujkapitals — den Kampf für die Diktatur des Proletariats!

Sinein in die kommunistische Partei Deutschlands!

Berlin, den 5. Dezember 1928.

Zentralkomitee
der kommunistischen Partei Deutschlands
Sektion der kommunistischen Internationale.

Präsidentenwahl in Oesterreich

Der christlich-sozialen Kandidat Niklas gewählt.
Die österreichischen Sozialdemokraten geben weiße Stimmzettel ab

Wie die bürgerliche Presse aus Wien meldet, wurde gestern im dritten Wahlgang bei der Wahl des Bundespräsidenten der bisherige Bundesratspräsident Niklas (christlich-sozial) mit 94 von 112 Stimmen dadurch gewählt, daß die 91 Sozialdemokraten weiße Stimmzettel abgaben, und der im letzten Wahlgang aufrechterhaltene Kandidat der Großdeutschen, der Blutpräsident Schöber, nur 28 Stimmen erhielt.

Die Sozialdemokraten hatten gehofft, daß die Landbündler und Großdeutschen heimlich wieder aufstehen würden, für den zu stimmen sie bereits, nach Pressemeldungen, beschlossen hatten. Die Landbündler und Großdeutschen gaben jedoch den sich anbietenden Auströmmern einen Fußtritt und stellten den blutigen Polizeipräsidenten Schöber. Wien, auf. Dieser Arbeitermörder ist derart verhasst, daß die Sozialdemokraten nicht wagten, für ihn zu stimmen. Statt jedoch demonstrativ einen eigenen Kandidaten aufzustellen, entschieden sie sich tapfer der Stimme und gaben eine Erklärung ab, die an politischer Klugheit ihresgleichen sucht. Sie begründen ihre Stimmhaltung folgendermaßen: Die Sozialdemokraten hätten für jeden „außerhalb der Partei“ stehenden „freiwilligen“ Kandidaten (eine schöne Deklaration für angebliche Marxisten!) lieber gestimmt, als für einen christlich-sozialen. Da aber die Großdeutschen und Landbündler die Kandidatur des Polizeipräsidenten Schöber aufgestellt haben, die die Sozialdemokratie als Herausforderung betrachte, und da die Sozialdemokraten diesem jeden „persönlich achtbaren“ christlich-sozialen vorziehen, hätten sie die letzten Stimmzettel abgegeben.

Bei dieser Erklärung und der Tatsache, daß diese „radikalen“ Sozialdemokraten nicht einmal davon dachten, im letzten Wahlgang gegen den Arbeitermörder Schöber und den Erzreaktionär Niklas einen eigenen Kandidaten aufzustellen, zeigt sich der ganze parlamentarische Kretinismus dieser „linken“ Stützen des Kapitalismus. Fest steht jedenfalls, daß die Sozialdemokratie damit offen dem Pfaffenführer Niklas das Vertrauen ausgesprochen hat. Die kommunistische Partei Oesterreichs, die allmählich, trotz der ungeheuren Demagogie und des riesigen Apparates der Sozialdemokratie, in die Betriebe und Arbeiterorganisationen eindringt, wird auch an Hand dieses Falles die Möglichkeit haben, den noch von Illusionen befangenen österreichischen Arbeitern das wahre Gesicht des Auströmmers aufzuzeigen.

Eine Erklärung Geberings

Er wird die Wünsche der Unternehmer erfüllen

Berlin, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrgebiet hat Severing an die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse eine gleichlautende Erklärung, die an Ignominie nicht zu überbieten ist. Er behauptete, daß er keine gebundene Marschroute für sein Schlichteramt hätte. Er gibt jedoch zu, sich freiwillig den Wünschen des Arbeitgeberverbandes unterworfen zu haben: „Der Arbeitgeberverband hatte allerdings den Wunsch geäußert, daß auch die Arbeitszeitfrage in die Erörterung einbezogen und in meinem Schiedspruch geregelt werde, weiter, daß diese Regelung möglichst langfristig gefessele, und daß ich zur Unterjochung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe ins Ruhrgebiet komme. Als der Reichsanwalt mir diese Wünsche bekanntgab, habe ich ihre Berücksichtigung zugesagt.“ Severing gibt damit selbst zu, daß er bei seiner „Vermittlungsaktion“ nur die Aufträge der Hüttenbarone durchführt. Aus den weiteren Darlegungen Severings geht hervor, daß die Industriellen keineswegs verpflichtet worden sind, Maßregelungen zu unterlassen. Severing führt darüber aus:

„Ich habe davon Abstand genommen, eine entsprechende Verfügung zu erlassen, da man bei der Beilegung eines solchen Konflikts mit möglichst leichter Hand vorgehen muß. Sachlich habe ich den Wunsch der Gewerkschaften erfüllt, indem ich den Arbeitgeberverband erjucht habe, alle Maßregelungen zu unterlassen, und das ist mir auch versprochen worden.“

Da jeder Arbeiter weiß, was von den Versprechungen der Hüttenbarone zu halten ist, läuft das Vorgehen Severings

geradezu darauf hinaus, die Maßregelungsabsichten der Unternehmer zu stärken. Ueber seine weiteren Absichten führte Severing aus:

„Ich muß nicht nur den Schiedspruch Joettens, sondern auch den Vermittlungsorschlag Bergemanns auf ihren Inhalt und auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen genau prüfen und habe keineswegs die Absicht, einen Spruch zu überstürzen. Mein Schiedspruch soll die auf ihn gesetzten Erwartungen möglichst erfüllen, nämlich die Basis zu einem längeren Arbeitsfrieden bilden.“

In bezug auf die Arbeitszeitfrage erklärte Severing, daß er hier keine bestimmten Absichten verfolgte.

Alles in allem hat sich Severing, wie seine Erklärungen beweisen, in die Rolle des Heizers der Hüttenarbeiter bereits sehr gut eingelebt. Er hat alle Wünsche der Unternehmer als Befehl entgegengenommen und bemüht sich redlich, sie auszuführen. Die Ankündigungen Severings lassen erkennen, daß sein „Schiedspruch“ noch schlechter sein wird als der von Wiffell verbindlich erklärte 2-Pf.-Hungerchiedspruch. Es ist die Aufgabe der Arbeitererschaft, dem Bürger Severing bei seiner Aktion im Interesse der Hüttenbarone mit allen Mitteln entgegenzutreten.

KPD-Wahlfliege an der Waffertante

Hamburg, (Eig. Drahtbericht.) In der Umgebung von Hamburg hatten am Sonntag in zwei Orten Neuwahlen zur Gemeindevertretung stattgefunden, die auf Grund der Auflösung der Autobezirke notwendig geworden waren. Die kommunistische Partei konnte in beiden Fällen recht bedeutsame Erfolge davontragen. In Selenhorst erhielt die KPD 421, die SPD 328 und die Liste Fortschritt und Aufbau 412 Stimmen. Damit ist die KPD zur stärksten Partei aufgerückt und erhält 5 Sitze (früher 4 Sitze) in der neuen Gemeindevertretung, während die SPD einen Sitz verloren hat.

Fritz Heckert, M. b. N.

spricht morgen Freitag den 7. Dezember in der Gewerkschaftsfunktionärerversammlung im Körnergarten, Große Meißener Straße. Sämtliche Parteiarbeiter sind dazu eingeladen. Bezirksleitung.